

## **Antrag G.001:**

# **Grundsatzantrag: Wo wir stehen. Wohin wir wollen**

**Antragsteller\*in:** Vorstand (Vorstand)

Der 25. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Wo stehen wir? Was bewegt uns? Wohin wollen – und müssen – wir uns bewegen? Und was leitet uns? Diese grundsätzlichen Fragen zu stellen, ist in krisengeprägten Zeiten tiefgreifender Umbrüche essentiell. Gewerkschaftliche Haltungen und Positionen mögen vielfältig sein. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit führt bei abhängig Beschäftigten aber zu grundlegend gleichen Interessen. Wir sind eine Organisation mit klarem, unverhandelbarem Wertekompass: Solidarität, Respekt, Gerechtigkeit.

FairWandel – das ist unser Leitbild.

### **1. FairWandel – auch in herausfordernden Zeiten**

Was wir unter Transformation verstehen, ist vielfach beschrieben: Die Notwendigkeit der Dekarbonisierung, die sich ständig beschleunigende Digitalisierung, die Auswirkungen und Rahmenbedingungen der Globalisierung und ein unter den Vorzeichen des Arbeits- und Fachkräftemangels diskutierter demografischer Wandel treiben und erschweren diese Transformation. Das alles verändert fundamental, dauerhaft und unumkehrbar, wie wir arbeiten und leben. Als Metalller\*innen sehen wir darin einen klaren Arbeitsauftrag. Ein Auftrag, den wir seit geraumer Zeit unter den erschwerten Rahmenbedingungen multipler Krisen meistern – und unser Handeln auch in den kommenden Jahren prägen wird. Die Corona-Krise, der Krieg Russlands gegen die Ukraine und ihre Folgen wirken zugleich als Beschleuniger und Hürde der Transformation.

#### **1.1. Unsere Haltung stark machen: Unser Verständnis von sozial-ökologischer Transformation**

Eine ambitionierte Klimapolitik erfordert den ökologischen Umbau von Betrieben, Branchen und ganzen Wertschöpfungsketten. Auch auf unseren Druck hin machten sich in den vergangenen Jahren Unternehmen auf den Weg, ihre Geschäftsmodelle, Produkte und Prozesse auf die Anforderungen einer klimafreundlichen Wirtschaftsweise auszurichten.

Die Stahlindustrie will auf wasserstoffbetriebene Direktreduktionsanlagen umstellen, im Fahrzeugbau wird die Elektromobilität sukzessive hochgefahren, der Maschinen- und Anlagenbau stellt die Technologien für eine klimaneutrale Energiegewinnung bereit.

Zahllose Betriebe in unseren Organisationsbereichen geraten jedoch unter zusätzlichen Kostendruck – vor allem, wenn sie eine allein auf kurzfristige Rentabilität ausgerichtete „Billigstrategie“ verfolgen. Zugleich nimmt der Verlagerungsdruck auf vermeintlich unprofitable Betriebe und Geschäftsteile weiter zu. Fatalerweise mangelt es vielen Arbeitgebern nach wie vor an einer handfesten Strategie für den Umgang mit diesen Herausforderungen. „Fahren auf Sicht“ dominiert, während die Verunsicherung der Belegschaften wächst. Wir dürfen die Arbeitgeber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Wir fordern vorausschauendes, strategisches Handeln zur Sicherung von Standorten und Beschäftigung. Wir wollen und wir müssen in den kommenden Jahren noch viel häufiger entsprechende Prozesse initiieren, den ökologischen Umbau aktiv gestalten. Dafür werden wir unsere bestehenden Instrumente und Konzepte weiterentwickeln – und allen voran unsere betrieblichen Interessenvertretungen und unsere Aktiven im Team IG Metall noch besser darin unterstützen, die Transformation vor Ort zu bewältigen.

Wir fordern den Staat und politische Akteur\*innen auf allen Ebenen auf, eine eingreifende und aktivierende Rolle wahrzunehmen. Die öffentliche Hand muss die Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Gestaltung der Transformation schaffen, massiv in Infrastrukturen investieren und Innovationen fördern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss endlich beschleunigt werden. Es braucht weiterhin Programme zur Förderung strategischer Leitmärkte und Investitionen für Halbleiter, für autonomes Fahren, den Auf- und Ausbau einer Wasserstoffinfrastruktur und ein flächendeckendes 5-G Netz. Mit Blick auf diese Zukunftstechnologien zeigten unsere Forderungen zuletzt bereits Wirkung: Important Projects of Common European Interest (IPCEI) für Batteriezellen und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft wurden geschaffen, ein „Zukunftsfonds Automobil“ aufgelegt. Wir werden uns weiterhin für diese Form aktiver Industrie- und Strukturpolitik einsetzen und schnellstmögliche Umsetzung anmahnen.

Private und öffentliche Investitionen müssen noch viel schneller und umfassender mobilisiert werden, auch durch gezielte Transformationsfonds für Zukunftstechnologien und die ökologisch nachhaltige (Weiter-)Entwicklung industrieller Standorte. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe benötigen Unterstützung. Planungs- und Investitionssicherheit sind zentrale Stellschrauben. Öffentliche Vergaben und Förderung für Unternehmen im Wandel darf es aber nur mit sicherer, nachhaltiger Beschäftigung geben. Die IG Metall fordert deshalb verbindliche soziale und ökologische Kriterien: Regionale Beschäftigungs- und Standortentwicklung, Qualifizierung, Ausbildungsquoten, betriebliche Mitbestimmung, Tarifbindung und der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck sind hierbei zu nennen.

Im politischen und öffentlichen Raum wird derzeit verhandelt, wie weitreichend, radikal und schnell die ökologische Transformation voranzutreiben soll. Während die mediale Debatte über „Klimakleber“ tobt, arbeiten wir längst am Konkreten: Ob im Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende, in der Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden, beim Wind-, PV- oder Wärmegipfel, im Bündnis Zukunft der Industrie oder im Rahmen der Allianz für Transformation – es mangelt nicht an Bekenntnissen, Klima- und Umweltschutz und soziale wie beschäftigungs- und verteilungspolitische Ziele in Einklang zu bringen. Beispielhaft lassen sich das schrittweise Abschmelzen umweltschädlicher Subventionen und die Einführung eines progressiven Klimageldes nennen. Der Umstieg von fossilen zu erneuerbaren Energien muss für jede\*n finanzierbar sein. Ärmere, aber auch durchschnittsverdienende Haushalte werden daher zumindest für eine Übergangsphase staatliche Unterstützung benötigen, um sich CO<sub>2</sub>-neutralen Verbrauch und entsprechende Investitionen leisten zu können. Wir wollen uns in den kommenden Jahren wahrnehmbarer in diese Debatten einbringen und konkrete Gestaltungsprojekte auch im Rahmen politischer Bündnisse voranbringen. Was wir brauchen sind mutige und zukunftsweisende Ideen, Anreize, soziale Ausgleichsmechanismen, außerdem Akzeptanz, Mitbestimmung und Teilhabe – keinen spaltenden Kulturkampf.

Die IG Metall wird auch daher konkrete Antworten für den Umgang mit den Grenzen des Wachstums formulieren müssen. Die bisherigen Postwachstums-Vorschläge aus dem ökologischen Spektrum der Zivilgesellschaft mögen im Detail nicht überzeugend sein, gewinnen aber an Deutungsmacht. Wir werden unser Konzept eines demokratischen Fortschrittsmodells für sozial wie ökologisch nachhaltigen und inklusiven Wohlstand konkretisieren. Ein möglicher Bestandteil: eine andere Gestaltung und Verteilung der Arbeitszeit. Kürzere Arbeitszeiten – etwa im Rahmen einer 4-Tage-Woche – können Arbeitsplätze attraktiver machen, Beschäftigung auch durch Umverteilung von Arbeitszeit sichern, zudem geschlechtergerechte Vereinbarkeit unterstützen und zur Aufwertung von Sorgearbeit beitragen. Beschäftigte können ihren Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit verwirklichen. Zeitwohlstand ist allerdings eine Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage.

Im Zusammenspiel sozialer und ökologischer Ziele bleiben Konflikte nicht aus, sie müssen austariert werden, im Austausch mit verschiedenen gesellschaftlichen Bündnispartner\*innen und in politisch verantwortlichen Institutionen. Als zielstrebigere und durchsetzungsfähiger Akteur setzen wir uns für die soziale, ökologische und demokratische Gestaltung der Transformation ein. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit sind gleichwertig zu behandeln. Für beides brauchen wir messbare Ziele, die auch umgesetzt werden. Orientierung an und Kommunikation mit eindringlichen Kennziffern, Ziel- und Grenzwerten ist gefragt, ähnlich den Sektorzielen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung. Wir werden deshalb leicht vermittelbare

Ziele für Tarifbindung und Löhne definieren. Für gute, humane Arbeit. Für Zeitsouveränität. Die EU-Mindestlohnrichtlinie weist mit ihrem Ziel von 80 Prozent Tarifbindung die Richtung.

## **1.2. Die Zukunft der Arbeit gestalten – Fachkräfte sichern**

Die Digitalisierung von Geschäftsmodellen und Arbeitsprozessen, der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) und agiles Arbeiten verändern wie wir arbeiten und zusammenarbeiten. Darin liegen Chancen: Wenn etwa Roboter und KI schwere oder eintönige Tätigkeiten übernehmen können und Raum für gesündere und anspruchsvollere Arbeit entsteht – oder neue Formen der Arbeitsorganisation mehr Zusammenarbeit auf Augenhöhe, Mitsprache und Autonomie ermöglichen. Andererseits bergen diese Veränderungen auch Risiken der Ersetzung, Verlagerung von Verantwortung, Überlastung und Überwachung der Beschäftigten. Deshalb müssen wir neue Formen der Arbeit so regulieren, dass die genannten Chancen maximiert, die Risiken hingegen minimiert werden. Was für die Gestaltung guter Arbeit bislang galt, muss auch für die Arbeitsformen von Morgen gelten, unabhängig von Tätigkeit und Anstellungsform: Wir setzen uns für gute, gesunde, diskriminierungsfreie, sichere und selbstbestimmte Arbeit ein.

Als IG Metall haben wir die Diskurse um die Zukunft der Arbeit, um Industrie 4.0 und die Plattformökonomie wesentlich vorangetrieben. Darauf wollen wir in den kommenden Jahren aufbauen. Wir werden unsere Interessenvertretungen in der Umsetzung betrieblicher Veränderungsprozesse umfassender unterstützen. Die Potentiale der Digitalisierung und neuer Arbeitsformen dürfen nicht auf ausgewählte Beschäftigtengruppen beschränkt bleiben. Denn auch die Kolleg\*innen in der Werkstatt, auf Montage oder in der Produktion wünschen sich mehr Flexibilität und Freiräume. Die Debatten um (vermeintlich) moderne Arbeitsformen drehen sich aber meist nur um (hochqualifizierte) Wissensarbeiter\*innen. Die meisten Menschen arbeiten nicht so. In der Produktion, in Callcentern, im Warenlager, bei den Lieferdiensten – in vielen Bereichen geht der Trend genau in die entgegengesetzte Richtung: Zehrende Schichtregime, kurze Taktzeiten, algorithmische Steuerung. Wir Metaller\*innen wollen eine bessere Vereinbarkeit, Mitsprache und mehr Freiräume für alle Kolleg\*innen. Es muss arbeitspolitische Konzepte für alle Beschäftigtengruppen geben. Die IG Metall setzt sich deshalb dafür ein, die unterschiedlichen Ausprägungen der Digitalisierung für alle – und mit allen – Beschäftigtengruppen zu gestalten.

Gut qualifizierte, selbstbewusste Fach- und Arbeitskräfte sind dringend gefragt. In zahlreichen Berufsgruppen wird der Bedarf kaum zu decken sein – in unseren Branchen vor allem in den für die Transformation besonders relevanten Bereichen der IT, im Handwerk, im Maschinenbau und den energietechnologischen Berufen. Über ein Drittel der Betriebe in unseren Organisationsbereichen berichtet bereits von großen Problemen bei der Fach- und Arbeitskräftesicherung. Zugleich erleben wir Arbeitsplatzabbau, insbesondere, aber beileibe nicht nur in gering qualifizierten Bereichen un- und angelernter Kolleg\*innen.

Klar muss aber auch sein: Wir haben ein großes Arbeitskräftepotential, dass gehoben werden kann – mit guter Arbeit. Drei Bausteine sind dabei besonders hervorzuheben.

Wir fordern allen jungen Menschen eine Berufsausbildung zu garantieren und die betriebliche Ausbildung zu stärken. Wir müssen zudem konsequenter Bruchkanten in individuellen Erwerbsbiografien verhindern, Vereinbarkeit stärken und Übergänge gestalten. Das Fachkräfte-Matching muss verbessert, Spurwechsel erleichtert werden.

Dafür braucht es umfassende Investitionen in Aus- und Weiterbildung, Übernahmegarantien, Rückkehrrechte von Teilzeit auf Vollzeit, familien- und steuerpolitische Förderinstrumente, familienfreundlichere Arbeitszeiten, einen flächendeckenden Ausbau guter Kinderbetreuung und vieles mehr. Darüber hinaus fordern und fördern wir eine faire Fachkräfteeinwanderung. Sprachkurse, erleichterte Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse und die Integration der Familien sind hier wesentliche Stellschrauben. Wir adressieren unsere Forderungen an den Gesetzgeber, wir setzen mit unseren Zukunftstarifverträgen die richtigen Impulse und wir verankern das Thema Fachkräftesicherung in unserem betrieblichen Handeln – etwa durch die Stärkung und den Ausbau betrieblicher Weiterbildungsmentor\*innen.

### **1.3. Mit klarer Ansage: Transformation geht nur demokratisch**

Die sozial-ökologische Transformation funktioniert nicht „von allein“ oder mit anordnenden Arbeitgebern – sie erfordert mehr Demokratie in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft. Mehr Mitbestimmung und mehr Tarifbindung sind unsere zentralen Hebel. Unter dem Dach des DGB haben wir deshalb Reformvorschläge für das Betriebsverfassungsrecht entwickelt. Wir fordern vor allem wirksame Mitbestimmungsrechte bei Beschäftigungs- und Standortsicherung und Qualifizierung.

Schwellenwerte für die paritätische Mitbestimmung müssen abgesenkt werden. Wer von einer demokratischen Gestaltung der Transformation spricht, darf nicht vor strategischen Unternehmensentscheidungen Halt machen – und sollte gesetzliche Schlupflöcher für Flucht und Umgehung der Mitbestimmung schließen. Das sind erste Schritte auf dem Weg zu einer wirksamen Form der Wirtschaftsdemokratie. Wir werden auf unseren bisherigen Initiativen zum Ausbau der Mitbestimmung aufsetzen und auf allen Ebenen für mehr Demokratie im Betrieb eintreten. All das fußt auf unserer Organisationsmacht in den Betrieben. Wir müssen mehr Menschen für uns begeistern, sie nachhaltiger an uns binden, mehr Beteiligung ermöglichen.

Mit den Arbeitgebern werden wir künftig noch häufiger Zukunftstarifverträge anstreben, für klimafreundliche Produkte und Prozesse, Innovationen und Investitionen in zukunftssträchtige Geschäfts- und Beschäftigungsfelder, in Personalentwicklung und Qualifizierung. Voraussetzung ist eine größtmögliche Tarifbindung. Staatliches Handeln kann auch hier unterstützen. Etwa beim Verhindern von Tariffucht durch Ausgliederungen. Indem die Attraktivität von Tarifverträgen durch steuerliche Anreize gestärkt wird. Oder durch Verbindlichkeit bei öffentlichen Ausschreibungen und Förderungen.

Reichweite, Tiefe und zeitliche Dynamik der Transformation unterscheiden sich nach Regionen. Gemeinsam mit Unternehmen und örtlichen Institutionen wie Industrie- und Handelskammern, den lokalen Agenturen für Arbeit und weiteren lokalen Bündnispartnern können Gewerkschaften, Betriebsräte und Beschäftigte in regionalen Transformationsprojekten und -netzwerken zukunftssträchtige Leitbilder für ihre Regionen aufzeigen. Auch auf Basis bestehender Kompetenzen werden neue Geschäftsmodelle, Produkte, Anlagen und Verfahren entwickelt, Wertschöpfungs- und Lieferketten neu ausgerichtet, Qualifizierungspläne ausgearbeitet. Auf Initiative der IG Metall gingen bundesweit inzwischen zahlreiche solcher Netzwerke an den Start. Die öffentliche Förderung hierfür muss gesichert, vereinfacht und ausgebaut werden. Wir werden uns darüber hinaus noch konsequenter in die strategische Ausrichtung der Netzwerke einbringen – für regionalen FairWandel.

Die industriellen Herausforderungen der Transformation zeigen sich in den Branchen und Branchenzusammenhängen. Wertschöpfung und Wertschöpfungsnetzwerke verändern sich und müssen neugestaltet werden – über Deutschland hinaus. Ökologische Alternativen müssen geschaffen und neue Geschäftsmodelle etabliert werden. Auf Basis unserer erfolgreichen Branchenarbeit der vergangenen Jahre werden wir die Transformation unserer Branchen aktiv mitgestalten. Wir führen die Impulse aus den Betrieben zusammen, bündeln sie auf Branchenebene und speisen sie in die politischen Prozesse in Berlin und Brüssel ein. Die IG Metall wird vom Betrieb aus gedacht – und in überbetrieblichen Netzwerken schlagkräftig aufgestellt.

Rauchende Schlote, vermeintlich gestrige Produkte und Industriearbeit sind für viele zum Inbegriff der zu überwindenden Industriegesellschaft geworden. Dieser Betrachtungsweise mangelt es nicht nur an Respekt für die Arbeit von Millionen Menschen. Vielmehr kommt darin eine paternalistische Haltung zum Vorschein, die den Umbau im Zweifel erzwingen will – und von Teilhabe oder Beteiligung der Betroffenen im Zweifel wenig hält. Dem setzen wir in Zukunft noch sichtbarer unsere Vorstellung von einem FairWandel entgegen.

#### **1.4. Worauf wir bestehen: Transformation mit allen**

Unsere Kolleg\*innen wollen wissen, wohin die Reise in dieser großen Transformation geht, sie fordern Orientierung ein. Sie wollen aber nicht nur „mitgenommen“ werden. Akzeptanz für Veränderung wird auch über Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen. Wir Metaller\*innen betrachten Beschäftigte als selbstbestimmte Teilhabende und Gestaltende, nicht als Objekte der Transformation. Unser Ziel war, ist und bleibt eine solidarische und offene Gesellschaft, die gerechte Teilhabe für alle ermöglicht, Vielfalt als Bereicherung sieht und jede und jeden als wertvollen Menschen achtet.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Zugewanderten Menschen müssen Selbstbestimmung, Perspektiven und Partizipation ermöglicht werden. Sie müssen unabhängig ihrer Herkunft schnell und möglichst unbürokratisch am Arbeitsmarkt teilhaben können und Zugang zum Bildungs- und Ausbildungssystem erhalten. Die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse muss endlich substantiell und lückenlos vereinfacht werden. Als Integrationsmotor in Betrieb und Gesellschaft setzt sich die IG Metall für den Ausbau und die Stabilisierung der vor Arbeitsausbeutung schützenden Beratungsstrukturen für Neuzuwanderer\*innen ein. Ebenso notwendig sind flächendeckende Antidiskriminierungsberatungsstellen. Politische und demokratische Teilhabe darf niemand vorenthalten werden. Das Wahlrecht für alle dauerhaft und rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Einwohner\*innen ist längst überfällig. Und das Gesetz zur Mehrstaatigkeit muss umfassend reformiert werden, um Lebenswirklichkeiten Rechnung zu tragen.

Inklusion ist ein Menschenrecht. In Deutschland leben über 10 Millionen Menschen mit Behinderung. Die allermeisten erleiden ihre Behinderung im Laufe ihres Lebens durch Unfall oder Erkrankung. Sich in neuen Gegebenheiten zurecht zu finden, Altes neu zu lernen und an das bekannte und gewohnte Leben anzuknüpfen, ist eine Mammutaufgabe. Dabei spielt Arbeit eine zentrale Rolle. Gute Arbeit erleichtert den Weg in das gesellschaftliche Miteinander enorm, sie ermöglicht Teilhabe. Die IG Metall setzt sich als anerkannter Behindertenverband für und mit Menschen mit Behinderung dafür ein, die Gesellschaft und die Arbeitswelt barrierefrei und inklusiv zu gestalten. Durch sichere und gute Arbeit entstehen Freiräume und mehr Selbstbestimmung für alle. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Erwerbsleben zu verbessern, ist auch ein Beitrag und Bestandteil davon, Beschäftigung zukunftsfest zu machen.

Das gilt selbstverständlich auch für die Gleichstellung der Geschlechter. Hier bleibt viel zu tun. Das hat nicht zuletzt die Corona-Krise gezeigt: Berufstätige Frauen trugen die Hauptlast der Sorgearbeit. Die IG Metall wird sich daher mit noch mehr Nachdruck für eine partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern einsetzen. Das Ehegattensplitting führt zu steuerlichen Fehlanreizen. Es muss für neue Ehen abgeschafft (Bestandsschutz für bestehende Ehen) und durch eine sozial ausgleichende Familienförderung ersetzt werden. Frauen verdienen auch 2023 im gleichen Job weniger, erhalten seltener die Chance auf beruflichen Aufstieg und fallen im Alter oft unter die Armutsschwelle. Die Forderungen der IG Metall liegen seit längerem auf dem Tisch, werden immer wieder an den Gesetzgeber adressiert: Das Entgelttransparenzgesetz muss zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickelt werden. Bestehende Quotenregelungen für Vorstände und Aufsichtsräte sind auf mehr Unternehmen auszuweiten. Die Möglichkeit, sich selbst eine Zielvorgabe Null zu setzen, ist skandalös und gehört abgeschafft. Eine partnerschaftliche Aufteilung von Betreuungsverantwortung muss besser gefördert werden. Zeiten für Kindererziehung und Pflege dürfen sich nicht nachteilig auf den beruflichen Werdegang auswirken. Die öffentliche (Ganztages)Kinderbetreuung für Kinder bis 14 Jahren ist auszubauen.

Wandel, Verbote und Vorgaben, Abstiegsängste und Unsicherheit – die Transformation wirkt auf viele unserer Kolleg\*innen bedrohlich. Rechtsradikale und Populisten von AfD und Zentrum Automobil versuchen das für sich zu nutzen. Sie kennzeichnen uns als Teil des Establishments und konstruieren eine Spaltung in „Die da oben“ gegen die Beschäftigten „hier unten“. Das dürfen und das werden wir Metaller\*innen nicht hinnehmen. Bei den zurückliegenden betrieblichen Wahlen haben sich unsere Interessenvertreter\*innen erfolgreich gegen entsprechende Spaltungsversuche gewehrt. Klar ist: Solche Hetzer, Rassisten, Sexisten und Faschisten haben in unserer Organisation keinen Platz. Vielfalt ist unsere Stärke. Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Ausgrenzung bleibt eine zentrale Aufgabe für alle Metaller\*innen – eine Aufgabe, die wir auf allen Ebenen unseres Handelns mit lauter, vereinter Stimme und der Kraft der Solidarität angehen.

Die IG Metall verstetigt daher ihre Aktivitäten im „Verein zur Bewahrung der Demokratie e.V.“ und der Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“. Zudem werden gesellschaftspolitische Bildungsangebote – digital und in Präsenz – weiter ausgebaut.

## **2. FairWandel in Zeiten multipler Krisen**

In Krisen- und Transformationszeiten stellen sich in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen zuweilen alte Fragen neu. Haltungen, Positionen und Ziele werden wahlweise verstärkt oder infrage gestellt. Positionsbestimmung und -bestärkung sind vor allem in den folgenden Handlungsfeldern angezeigt.

### **2.1. Für eine gerechte staatliche Verteilungspolitik**

Die Krisen der vergangenen Jahre haben uns starke gesellschaftliche Fliehkräfte vor Augen geführt, die durch zunehmende ökonomische Ungleichheit angefacht werden. Die umfangreichen staatlichen Eingriffe während der Corona-Pandemie und der Energiepreiskrise haben noch weitgehendere gesellschaftliche wie volkswirtschaftliche Schäden zwar verhindert. Dennoch breitet sich unter unseren Kolleg\*innen ein tiefes Empfinden von Ungerechtigkeit aus. Zumal sich die Ungerechtigkeit der Ungleichheit durch unsere Gesellschaft zieht: Nach wie vor sehen wir exorbitante Lücken zwischen neuen und alten Bundesländern, zwischen urbanen und ländlichen Regionen, zwischen den Geschlechtern und verschiedenen Tätigkeitsbereichen.

In den letzten Jahrzehnten ist zugleich eine kleine Schicht Superreicher entstanden, deren Vermögen auch dann verlässlich wächst, wenn gesellschaftliche Krisen allen voran Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen substantielle Einschnitte abverlangen. Derweil beobachten wir politische Entscheidungsträger\*innen, die sich diesen negativen Auswirkungen der Transformation aus verschiedensten Gründen nur unzureichend entgegenstellen: Steuerschlupflöcher werden toleriert, Steuersenkungen für Unternehmen in bekannter neoliberaler Diktion als „Wachstumsimpulse“ diskutiert – während notwendige Mittel für Investitionen in Infrastrukturen, Innovationen und soziale Absicherung fehlen. Dass es auch anders geht, zeigen die Initiativen zur strafferen Regulierung digitaler Märkte, zur internationalen Mindestbesteuerung von Unternehmen oder zur – von der IG Metall mit einer eigenen Kampagne geforderten – Übergewinnbesteuerung. Diese Projekte sind zwar richtige, jedoch nur erste und unzureichende Schritte hin zu einer gerechteren Wirtschaftsordnung.

Wir fordern vielmehr eine aktivere staatliche Verteilungspolitik – über das Steuersystem und den Sozialstaat. Unser Steuersystem muss die beschriebenen Fliehkräfte wirksamer abdämpfen und einhegen, indem es Gering- und Normalverdiener\*innen spürbar entlastet und Hocheinkommen und -vermögen deutlich stärker belastet. Der Einkommenssteuertarif muss hierfür deutlich progressiver ausgerichtet werden. Kapitaleinkommen müssen wieder dem persönlichen Einkommenssteuersatz unterliegen. Wir fordern eine progressive Vermögenssteuer für Reiche. Die Erbschaftssteuer muss so ausgestaltet werden, dass hohe Freibeträge Vermögen von Durchschnittsfamilien schonen, während höhere Steuersätze große Erbschaften angemessen belasten. In der gegenwärtigen politischen Situation und in Anbetracht der großen öffentlichen Investitionsbedarfe fordert die IG Metall zudem eine einmalige Vermögensabgabe, deren Einnahmen – anders als bei der Vermögensteuer – direkt dem Bund zur Verfügung stünden. Wir fordern zudem einen starken Sozialstaat, der präventiv handelt und Menschen hilft, die auf Unterstützung angewiesen sind. Dazu gehört etwa die Weiterentwicklung des Bürgergeldes zu einer solidarischen Grundsicherung, aber auch die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Kinderarmut verhindert und den Familienleistungsausgleich endlich fair ausgestaltet.

Ein dergestalt ausgerichtetes Steuer- und Sozialsystem erkennt die Leistung harter Arbeit an, es ist leistungsgerecht und stärkt sowohl Geringverdienende als auch die Durchschnittsverdienenden. Und es stattet den Staat mit den finanziellen Mitteln aus, die für die Bewältigung der Transformation notwendig sind: Für Investitionen in öffentliche Güter, in den nachhaltigen Umbau von Branchen und Betrieben und für eine solide soziale Absicherung. Doch selbst die dadurch entstehenden Spielräume werden nicht reichen, um den öffentlichen Investitionsbedarf der kommenden Jahre zu finanzieren. Die IG Metall fordert daher die Abschaffung, mindestens aber eine investitionsförderliche Reform der Schuldenbremsen von Bund und Ländern.



Zu einer aktiven Verteilungspolitik gehört auch eine entschiedene Stärkung öffentlicher Güter und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere Güter und Dienstleistungen, die die Grundbedürfnisse abdecken, dürfen nicht weiter privatisiert werden. Im Gegenteil: Ein Zurückdrehen der Privatisierungswelle der vergangenen Jahrzehnte ist geboten. Wo der Markt versagt oder der Auf- und Ausbau dysfunktionaler Infrastrukturen droht, sollte auch auf aktive staatliche Beteiligungen gesetzt werden. Kurzum: Wir werden uns als IG Metall in den kommenden Jahren verstärkt und öffentlich sichtbar für einen aktiven Staat und mehr Verteilungsgerechtigkeit einsetzen.

## **2.2. Für Sicherheit im Wandel**

Sicherheit im Wandel: Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um Menschen von Notwendigkeit und Machbarkeit der sozial-ökologischen Transformation zu überzeugen. Die IG Metall setzt sich daher für einen starken Sozialstaat mit einem tragfähigen Sicherungssystem für alle ein. Ein solcher Sozialstaat ermöglicht Selbstbestimmung im Wandel, er wirkt sozialer Spaltung entgegen und sorgt dafür, dass soziale Sicherung nicht auf den Einzelnen abgewälzt wird. Verteilungsgerechtigkeit und soziale Absicherung sind nicht zuletzt eine Frage der sogenannten Primärverteilung: Die beste Versicherung gegen auseinanderklaffende Einkommensverhältnisse und ungleiche Teilhabechancen sind gute Löhne mit Tarifverträgen und mehr Tarifbindung.

Zahlreiche Beschäftigte werden sich für veränderte berufliche Anforderungen qualifizieren müssen. Für manche wird eine berufliche Neuorientierung hingegen nicht in Betracht kommen – für sie muss ein flexibler, sozial abgesicherter Übergang in den Ruhestand möglich sein. Solche Übergänge erfordern eine flankierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Sie erfordern allerdings ebenso eine auch finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber. Klar ist: Es darf kein Arbeiten ohne Ende geben. Beschäftigte haben ein Recht auf Ruhestand und eine sichere und auskömmliche Rente. Die Altersgrenzen dürfen nicht weiter angehoben werden. Und auch Erwerbslosen und erwerbgeminderten Personen muss ein menschwürdiges Leben möglich sein.

Sicherheit im Wandel ist außerdem eine Frage guter Arbeitsbedingungen. Die Humanisierung der Arbeit bleibt auch in Zeiten der Transformation unser Ziel – ob mit Blick auf selbstbestimmte Arbeitszeiten, die Gestaltung von Arbeitsplätzen, die Schaffung betrieblicher Barrierefreiheit oder im Umgang mit psychischen und physischen Belastungen. Nur eine gesundheitsgerechte und inklusive Gestaltung der Arbeit garantiert Arbeitsfähigkeit bis zur Rente, ein selbstbestimmtes Leben auch nach der Erwerbsphase und die notwendige Stabilität der sozialen Sicherungssysteme.

Sicherheit im Wandel braucht es auch bei einer der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit: immer weiter steigende Mieten und immer weniger bezahlbarer Wohnraum. Die IG Metall setzt sich deshalb für Maßnahmen zur Begrenzung von Mietpreisen und mehr sozialen wie genossenschaftlichen Wohnungsbau ein.

## **2.3. Für ein solidarisches und demokratisches Europa**

Die fortschreitende Integration der Europäischen Union macht diese zunehmend zur politisch entscheidenden Arena für gute und sichere Arbeit, auch im Organisationsbereich der IG Metall: Die Flottengrenzwerte für Neufahrzeuge, der Handel mit Treibhausgaszertifikaten oder die KI-Richtlinie untermauern, dass die Zukunft der Arbeitsplätze und Standorte unserer Mitglieder zunehmend auch auf europäischer Ebene verhandelt wird. Die politische Wirkmächtigkeit der IG Metall – auch in und mit unserem Dachverband industriAll Europe – macht uns zu aktiven Akteur\*innen in europäischen Entscheidungsprozessen. Deutschland und Europa müssen starke Industriestandorte in der globalen Handelsordnung bleiben. Die ambitionierten Initiativen Chinas und der USA verdeutlichen, dass eine strategisch souveräne EU auf eine proaktive Industriepolitik setzen muss, die auf die eigenen Stärken, auf den Umbau bestehender Industriestandorte, resiliente Wertschöpfungsketten, die Förderung und industrielle Ansiedlung von Zukunftstechnologien und das Hochfahren von Produktionskapazitäten klimafreundlicher Technologien ausgerichtet ist. Hierfür müssen die kurzfristig ausgeweiteten beihilferechtlichen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten genutzt, verstetigt und grundlegend überarbeitet werden. Um einen Subventionswettbewerb innerhalb der EU zu vermeiden, muss eine europäische Industriestrategie zusätzlich auf zwei Säulen ruhen: auf einer europäischen Investitionsoffensive, unter Einbeziehung existierender Programme wie Horizon und

der Strukturfonds solidarisch finanziert, sowie auf sozialen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Investitionsmittel, vor allem in Form verbindlicher Vereinbarungen über langfristige Standort- und Beschäftigungssicherungen, Ausbildungs- und Qualifizierungszusagen und Tarifbindung. Die Reform der Economic Governance der EU soll auf angemessene fiskalische Regeln und Spielräume abzielen, die eine kurzfristige makroökonomische Stabilisierung und eine langfristige Modernisierung des öffentlichen Kapitalstocks fördern.

Der soziale Zusammenhalt innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten wird davon abhängen, dass die EU als Ganzes der Idee des Europäischen Sozialmodells verpflichtet ist. Dazu muss sozialen Grundrechten durch die Umsetzung eines sozialen Fortschrittsprotokolls grundsätzlich Vorrang vor wirtschaftlichen Binnenmarktfreiheiten eingeräumt werden. Das Streikrecht ist als zentrales Grund- und Menschenrecht durch die EU zu schützen. Wie im Fall der Europäischen Mindestlohnrichtlinie geschehen, sollten weitere soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene vereinbart werden. Das gilt etwa für die Stärkung gewerkschaftlicher Grundrechte, durch eine europaweite Tariftreue bei öffentlicher Auftragsvergabe sowie ein wirksames europäisches Union Busting-Verbot. Die Verhinderung von Mitbestimmungsfucht durch Gründung europäische Gesellschaftsformen, die Stärkung der europäischen Mitbestimmung und der Rechte von Beschäftigten auf Demokratie am Arbeitsplatz sind für uns wesentliche Elemente einer solidarischen EU, die die Interessen der Beschäftigten in den Mittelpunkt rückt.

#### **2.4. Für nachhaltige und faire Handelspolitik**

Die Corona-Krise und der Krieg Russlands gegen die Ukraine erschüttern die Weltwirtschaftsordnung. Globale Machtblöcke scheinen immer unversöhnlicher aufeinanderzustoßen. Die europäische Industrie sieht sich mit porösen Lieferketten, Rohstoffmangel, globalen Überkapazitäten, Dumping und einem neuen, wachsenden Protektionismus konfrontiert. Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten des europäischen Wachstumsmodells sind inzwischen offenkundig. Das gilt für Deutschland in besonderem Maße: Das deutsche Wirtschaftsmodell ruht auf einer stark(en) exportorientierten Industrie mit Millionen Beschäftigten, die auf wachsende Absatzmärkte im Ausland, Versorgungssicherheit mit Rohstoffen, Vorprodukten und günstige Energie angewiesen ist.

China ist seit Jahren einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands und zugleich zentraler Absatzmarkt für Industriegüter. Stabile Beziehungen sind für die deutsche Wirtschaft und ihre Beschäftigten daher essentiell. Das darf allerdings nicht allein Richtschnur unseres Handels sein. Menschenrechtsverletzungen müssen angeprangert werden und Konsequenzen zeitigen. Nur noch Handel mit befreundeten Staaten mit geteiltem Wertekanon wäre allerdings ebenso naiv wie die alleinige Hoffnung auf Wandel durch Handel. Die IG Metall hat ihre handelspolitischen Grundsätze zuletzt aktualisiert und wird darüber hinaus chinapolitische Leitlinien erarbeiten, um insbesondere Betriebsräten und Arbeitnehmer\*innen in Aufsichtsräten Orientierung in dieser widersprüchlichen Gemengelage zu geben. Die europäische und deutsche Handelspolitik muss sich an den Grundsätzen menschenwürdiger Arbeit ausrichten und auch in den Partnerländern Treiber und Mittel zur sozial-ökologischen Transformation sein.

Grundsätzlich fordert die IG Metall multinationale Handelsregime, die die Interessen und Rechte von Beschäftigten und ihren Organisationen ebenso wie die sozialen und ökologischen Grundlagen für das Gemeinwesen weltweit schützen. Dabei gilt es Entwicklungsperspektiven im Globalen Süden zu berücksichtigen und mit diesen Ländern Perspektiven für höherwertige, industrielle Wertschöpfung zu entwickeln.

Multilaterale Verträge sind die erste Option zur Ausgestaltung globaler Handelsbeziehungen. Diese Ebene gilt es in Zukunft wieder zu stärken. Angesichts einer auf absehbare Zeit gelähmten Welthandelsorganisation stellt sich allerdings die Frage bilateraler Kooperation mit anderen Handelspartnern neu. Insbesondere für den Zugang zu notwendigen Ressourcen für die Dekarbonisierung der Industrie wird Handels- bzw. Investitionsabkommen eine immer stärkere Rolle zukommen. Neue Abkommen müssen demokratisch transparent verhandelt werden und robuste Regelungen zu Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards beinhalten. Internationales Arbeits- und Sozialrecht muss in den Vertragsstaaten Geltung erlangen – formell und materiell.



Fairer Handel schließt Ausbeutung von Arbeit und Umwelt aus. Dumping bei Produktsicherheit und Umweltstandards muss mit aller Schärfe begegnet werden. Wir fordern existenzsichernde Löhne, die Menschen weltweit ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Das Recht auf Vereinigungsfreiheit in Gewerkschaften und das Streikrecht sind soziales und demokratisches Grundrecht. Die IG Metall fordert die Einführung und Durchsetzung sanktionsbewährter nationaler und europäischer Sorgfaltspflichtengesetze und unterstützt unternehmens- und branchenpolitische Handlungsansätze. Kurzum: Nicht Autarkie, De-Globalisierung oder Protektionismus sind die Antworten auf die handelspolitischen Fragen unserer Zeit. Vielmehr drängt die IG Metall auf eine faire und nachhaltige Handelspolitik im Rahmen multilateraler und nationaler Handelsregime.

### **2.5. Für eine verantwortungsvolle Politik für Frieden und Sicherheit**

Unsere friedenspolitischen Debatten über den Krieg Russlands gegen die Ukraine sind von sehr unterschiedlichen Tönen geprägt. Deutlich wurden aber auch unsere geteilten Überzeugungen und Haltungen: Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen können und dürfen kein Mittel zur Konfliktbewältigung sein. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik entschieden ab. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung mit allen Mitteln für Frieden einsetzen. Die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz sind nicht verhandelbar.

Unumstritten ist ebenso: Die russische Führung hat Tod, Leid und Zerstörung über die Zivilbevölkerung gebracht, tagtäglich werden schwerwiegende Verbrechen gegen universelle Menschenrechte verübt. Die IG Metall unterstützt alle Forderungen an die russische Regierung, alle Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen und ihre Truppen abzuziehen. Wir setzen uns mit Nachdruck für diplomatische Lösungen auf allen möglichen Ebenen und über alle Kanäle ein. Eine aktive Kriegsbeteiligung Deutschlands ist auszuschließen, die Eskalations- und Rüstungsspirale darf sich nicht weiterdrehen.

Das sicherheitspolitische Verhalten der westlichen Staatengemeinschaft mag Russlands Führung als Provokation wahrgenommen haben, vor allem die NATO-Osterweiterung wird hierbei angeführt. Klar muss aber sein: In der Ukraine wird kein Stellvertreterkrieg des Westens ausgefochten. Ein nachhaltiger Frieden in und für Europa kann nur gefunden werden, wenn die staatliche Souveränität der Ukraine wiederhergestellt wird. Es braucht daher sowohl vertrauensbildende Maßnahmen als auch glaubhafte und wirksame Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Ein genereller Ausschluss von Rüstungsexporten beziehungsweise Waffenlieferungen in Krisenregionen und an kriegführende Staaten steht diesen Zielen entgegen. Waffenlieferungen können legitim sein, wenn demokratische Staaten ihr Recht auf Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff wahrnehmen. Klar ist aber auch: Menschenrechte stehen über Exportmöglichkeiten. Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Wir fordern abgestimmte und gemeinsame Leitlinien für die Rüstungsexportkontrolle in der EU. Einheitliche Kriterien müssen für Bestimmungs- und Endverbleibland gleichermaßen gelten. Nötig ist eine strikte Endverbleibkontrolle – im Voraus, mit schriftlicher, bei Vertragsbruch empfindlich zu sanktionierender Zusicherung des Endverwenders und unter der Maßgabe wirksamer Ausfuhrkontrollen. Abschließende Genehmigungsentscheidungen dürfen nicht in einem intransparenten Gremium wie dem Bundessicherheitsrat getroffen werden. Der Bundestag ist über nachträgliche Informationsrechte hinaus in die Abwägungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Gemeinsam mit dem DGB und anderen Einzelgewerkschaften wird die IG Metall Initiativen und Abkommen zur Rüstungskontrolle fordern und abrüstungs- und entspannungspolitische Initiativen unterstützen. Atomare, biologische und chemische Waffen müssen weltweit geächtet werden. Eine Neuaufstellung und Revitalisierung der Friedensbewegung ist gleichwohl unerlässlich. Wir werden im DGB und mit weiteren gesellschaftlichen Bündnispartner\*innen eine Debatte um Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert führen, die Perspektive über den derzeit alles dominierenden Krieg gegen die Ukraine weiten, andere kriegerische und schwelende Konflikte nicht vergessend. Dabei wird es um eine neue Architektur für Frieden und Sicherheit in Europa und eine Stärkung internationaler Organisationen gehen, nicht zuletzt um den Reformbedarf der Vereinten Nationen. Auch das sicherheitspolitische Verhalten der westlichen Staatengemeinschaft wird (selbst)kritisch zu betrachten sein. Über den europäischen Rahmen hinaus ist zudem eine realistische Analyse globaler Kräfteverhältnisse notwendig. Der wachsenden Bedeutung von Staaten wie Brasilien, Indien oder Indonesien ist auch

sicherheitspolitisch Rechnung zu tragen. Russland wird zudem nicht dauerhaft aus der internationalen Staatengemeinschaft auszuschließen sein.

Eine nicht unerhebliche Rolle in diesen Debatten spielt eine auch sicherheits- und verteidigungspolitische Integration im Sinne europäischer Souveränität. Das betrifft vor allem die Rüstungszusammenarbeit und die notwendige Ausrüstung der Bundeswehr, die ihren verfassungsgemäßen Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung erfüllen muss. Zur Debatte über ein erweitertes Verständnis von Sicherheit gehören auch Herausforderungen der Cybersicherheit, zudem müssen die Zusammenhänge mit energie-, rohstoff- und handelspolitischen Fragen in den Blick genommen werden. Auch das diplomatische und sanktionsbewährte Instrumentarium internationaler Sicherheitspolitik ist auf den Prüfstand zu stellen. Sanktionen müssen zielgenau wirken, stetig überwacht, überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Bei alledem halten wir an unserem Grundsatz fest, dass Rüstungsausgaben nicht gegen die Finanzierung wichtiger sozialpolitischer Vorhaben und notwendiger öffentlicher Investitionen zur Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation ausgespielt werden dürfen. Eine dauerhafte Steigerung des Etats für Rüstung und Verteidigung auf ein willkürlich erscheinendes, an konjunkturelle Entwicklungen gekoppeltes Zwei-Prozent-Ziel oder gar darüber hinaus lehnen wir ab. Vielmehr muss sich der Verteidigungshaushalt danach bemessen, was zur Erfüllung der Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Zudem sind die Mittel und Anstrengungen für zivile Konfliktprävention und Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu erhöhen.

### **3. Transformations- und Krisendruck lastet auch auf uns: Handlungsfähigkeit der IG Metall sichern**

Die Erwartungen an und die Anforderungen für uns als Organisation werden immer vielfältiger und komplexer. Wenn sich die Welt um einen herum immer schneller dreht, sollte man selbst nicht verharren. Um die Arbeitswelt auch künftig als kompetente, konflikt- und gestaltungsfähige und solidarische Gemeinschaft mitgestalten zu können, wollen wir unsere Verankerung an unserem zentralen Handlungsort Betrieb stärken. Für eine starke IG Metall, die auch in einer neuen Zeit auf allen Ebenen handlungsfähig und wirkmächtig ist.

#### **3.1. Mit uns zieht die neue Zeit: die Basis stärken!**

Der Trend ist nicht neu, bleibt umso bedenklicher: Die wichtigste gewerkschaftliche Machtressource – die Kraft und Solidarität durch die Vielzahl ihrer Mitglieder – ist mit Blick auf alle DGB-Gewerkschaften bereits vor Corona über Jahrzehnte geschmolzen. Die Tarifbindung nimmt in allen Branchen und den meisten Regionen seit 30 Jahren kontinuierlich und dramatisch ab. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Ganzen ist auch angesichts des höchsten Beschäftigungsniveaus seit der Nachkriegszeit mittlerweile unter 20 Prozent gesunken. Trotz aller Bemühungen fällt es uns nach wie vor schwer, schnell wachsende und deregulierte Dienstleistungsbranchen oder hochqualifizierte Angestellte zu organisieren. Wo wir keine Mitglieder haben und Betriebsgrenzen verwischen, scheint der Abschluss von Tarifverträgen oder auch nur die Bildung eines Betriebsrates weit entfernt.

Aber: Die IG Metall hat immer wieder bewiesen, dass sie diesem allgemeinen Trend trotzen kann. Mit dem strategischen Einsatz der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen und der Orientierung auf die Erschließungs- und Mitgliederarbeit konnten wir nach der Finanzkrise 2009 über zehn Jahre lang unseren Mitgliederbestand stabil halten und sogar leicht erhöhen. Wir sind weiblicher, jünger und diverser geworden. Diese auch innerhalb des DGB einzigartige und stark beachtete Trendwende war ein ganz wesentlicher Faktor für die hohe Attraktivität und den Erfolg unserer Organisation. Dann kam Corona. Massenhaftes und dauerhaftes Home-Office und Kurzarbeit Null haben uns während der Pandemie in vielen Fällen über Monate von Beschäftigten und Mitgliedern abgeschnitten. Das haben wir auch in der Mitgliederentwicklung deutlich gespürt. Mit Ende der pandemischen Lage konnten wir in vielen Bereichen zwar an die vielversprechende Mitgliederentwicklung vor der Krise anknüpfen. Trotzdem gilt: Um auch in Zukunft eine gesellschaftspolitisch relevante Gestaltungsmacht und eine konstruktive Veto-Macht in den Betrieben sein zu können, müssen wir die richtigen Lehren ziehen, verschobenen Arbeitsrealitäten Rechnung tragen – vor allem dem dauerhaft gestiegenen Anteil an Home-Office – und neu erworbene Kompetenzen ausbauen.

Wir müssen unsere Ansprache im digitalen Raum weiter verbessern, neue Zugänge finden, zulassen und einfordern, außerdem Mitgliederpotentiale konsequenter heben. Wir verfolgen den Anspruch unsere Mitgliederzahl dauerhaft und ambitioniert auszubauen, um unsere Gestaltungs- und Durchsetzungsfähigkeit zu stärken.

Gerade in Zeiten von Krise und Wandel muss die IG Metall für und mit ihren Mitgliedern sowohl sicherer Tanker als auch schnelles Beiboot sein und Noch-Nicht-Mitglieder vom Nutzen der Solidargemeinschaft überzeugen. Wir sind mehr als eine Versicherung: Wir treten für einen Solidaritätsbegriff ein, der die Vielfalt der Bedürfnisse und Anforderungen der Menschen an eine progressive Gewerkschaft im 21. Jahrhundert aufgreift und politisch wirksam macht. Mitglieder gewinnen und binden wir durch das Engagement unserer Aktiven – und das Angebot, im Team IG Metall aktiv zu werden. Dazu wollen wir unseren Kolleg\*innen künftig mehr passgenaue Beteiligungsmöglichkeiten anbieten. Denn die Mitgliederfrage ist heute mehr denn je eine zutiefst politische.

Mitgliederbindung und Mitgliedererschließung müssen zwei Seiten einer Medaille bilden und unsere organisationspolitischen Anstrengungen leiten. Das gelingt auch in Zukunft nicht mit zentralen Service-Hotlines oder -seiten, sondern im persönlichen Austausch vor Ort, in den Betrieben und Geschäftsstellen. Hier muss die IG Metall sichtbar und handlungsfähig sein. Der Vorstand und die Bezirke unterstützen bei der Erschließung neuer Betriebe, Branchen und Beschäftigtengruppen und mobilisieren die hierfür nötigen Ressourcen. In all unseren Aktivitäten, Initiativen und Kampagnen berücksichtigen wir die Mitgliederwirksamkeit. Ein höherer Organisationsgrad in unseren angestammten und in neuen Branchen und Betrieben ist eine zentrale Voraussetzung unserer künftigen Wirkmächtigkeit.

### **3.2. Auf allen Ebenen gefragt: Gewerkschaftliche Wirkmächtigkeit erhöhen**

Das Zusammenwirken von Transformation und multiplen Krisen stellt uns vor neue Herausforderungen. Themen und Inhalte werden komplexer, die Geschwindigkeit der Veränderungsprozesse beschleunigt sich zunehmend. Zu häufig bleibt in betriebs- und tarifpolitischen Konflikt- und Aushandlungsprozessen wenig Raum und Zeit für Mobilisierung und Beteiligung. Erschwerend hinzu tritt der Umstand, dass immer mehr ausschlaggebende Entscheidungen auf überbetrieblicher Ebene vorbereitet und verhandelt werden. Wir werden daher unsere Koordination zwischen Betriebs-, Unternehmens- und Branchenebene weiter verbessern müssen. Wir werden effektive Instrumente und Qualifizierungsformate zur Gestaltung der Transformation schaffen und bestehende handhabbarer machen – von der Analyse bis zur projekthaften Umsetzung in Aktiven-Teams. Tarifverträge sind das wirksamste Instrument, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten mit und im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Sie sind unser Markenkern. Wir wollen Tarifbindung stärken, unsere betriebsnahe Tarifpolitik weiterentwickeln und die tarifpolitische Kompetenz im Team IG Metall ausbauen.

Unser vorrangiges Ziel ist und bleibt, Beschäftigung und gute Arbeit im Betrieb zu sichern. Zudem werden wir systematischer als bislang überbetriebliche Gestaltungsansätze entwickeln müssen, um neue, wachsende Branchen und Betriebe zu erschließen und Übergänge zu ermöglichen. Gerade hier zeigt sich die Notwendigkeit einer effektive(re)n, arbeitsteiligen Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedenen Gliederungsebenen. Als Organisation müssen wir unseren Kompetenzen und Ressourcen entlang politischer Prioritäten zukunftsfähig aufstellen.

Zum Selbstverständnis und zur Sicherung der Wirkmächtigkeit der IG Metall gehört auch ihre gesellschaftliche Verankerung. Eine aktive und koordinierte Bündnisarbeit eröffnet uns zusätzliche Möglichkeiten, unseren Transformationsansatz zu verdeutlichen und zu stärken. Ein gemeinsames Vorgehen mit Bündnispartner\*innen aus Umwelt- und Sozialverbänden kann die Reputation der IG Metall in anderen gesellschaftlichen Gruppen stärken, eine Zusammenarbeit mit Arbeitgeber- und Industrieverbänden wiederum unseren Anliegen mehr Gehör verschaffen. Wir werden unsere Bündnisarbeit deshalb ausbauen und strategisch effektiver koordinieren. Das beginnt vor Ort, in den Regionen. In regionalen Transformationsnetzwerken gestalten wir mit schlagkräftigen Bündnissen den Wandel von Wertschöpfung, Mobilitätssystemen, Arbeit und Beschäftigung. Darüber hinaus werden wir unsere Kampagnen- und Kommunikationsfähigkeiten und -aktivitäten auf allen Gliederungsebenen stärken, modernisieren und fokussieren müssen. Auch in medialen und öffentlichen Arenen

sollten wir als betrieblich, tarifpolitisch wie politisch gestaltungs- und durchsetzungsfähige Organisation auftreten und unsere Erfolge kommunizieren. Auf verschiedenen Aktionsfeldern werden mit vielfältigen Akteur\*innen und adäquaten Instrumenten sicht- und hörbar. Über Social Media, Messenger, Presse und Rundfunk – aber auch vor Ort, mit den vielen Gesichtern und Stimmen der IG Metall, im persönlichen Austausch.

Mit Faktenpapieren, Foliensätzen und pragmatischen Positionierungen allein überzeugen wir unsere Kolleg\*innen nicht. Wir müssen unser Zielbild einer gelingenden Transformation deutlicher ausarbeiten, unsere konkrete Utopie verständlich machen. Es ist daher an uns, Fakten zu kommunizieren, Komplexität zu reduzieren und mit guten Beispielen Wege in und für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen. Wir müssen stärker als bislang greifbar machen, was „die Transformation“ und vor allem die damit einhergehenden Phänomene und Herausforderungen für die und den Einzelnen bedeuten, für die Betriebe, in denen sie arbeiten, für die Region, in der sie leben. Unsere Kolleg\*innen müssen befragt werden, sie müssen ihre Sichtweise, ihre „Erzählung“ der Transformation einbringen können. Wir müssen mehr Begegnung ermöglichen, unsere Debattenräume revitalisieren und den Austausch von Ideen und Konzepten fördern. Nur gemeinsam werden wir FairWandel zu unserer Vision für die transformierte Arbeitsgesellschaft von Morgen weiterentwickeln können.

#### **4. FairWandel – für die Arbeitsgesellschaft von Morgen**

Die Transformation wird uns auch in den kommenden Jahren mit ganzer Kraft fordern. Wir haben den krisenbedingten Widrigkeiten der vergangenen Jahre getrotzt und auf allen Handlungsebenen wesentliche Weichen gestellt – ob mit Zukunftstarifverträgen, unserem Konzept eines Transformationskurzarbeitergelds oder regionalen Transformationsnetzwerken. Von allein werden die Arbeitgeber nicht handeln: Wir müssen und wir werden den Druck weiter erhöhen und uns mit eigenen Ideen, der Kraft und der Solidarität der Vielen in der Gestaltung der Transformation einbringen. Wir können das, weil und wenn wir viele sind. Wir sind stark, wenn wir nach innen und außen überzeugend und solidarisch für die Interessen unserer Kolleg\*innen eintreten. Unsere Kraft liegt bei den organisierten Mitgliedern in den Betrieben, in denen wir mitgestalten und mitbestimmen. Unsere Kraft liegt in unserer Fähigkeit, unsere vielfältigen Mitglieder für gemeinsame Ziele zu begeistern.

Mit FairWandel haben wir ein Leitbild beschrieben, wie die Transformation gestaltet werden soll. Wir haben damit programmatische Leitplanken gelegt und den Begriff der Transformation in der öffentlichen und politischen Debatte entscheidend geprägt. Nun wollen wir noch deutlicher herausarbeiten, welche Vision von der Gesellschaft von Morgen uns antreibt: Wie wollen wir in Zukunft arbeiten, leben, produzieren, Energie gewinnen, uns bewegen? Wir entwickeln überzeugende Konzepte, die sich weder in einer technischen Modernisierung als grünem Neuanstrich bestehender Systeme und Praktiken erschöpfen, noch von Verzichtsrhetorik und Fortschrittsskeptizismus geprägt sind. Unser Anspruch lautet vielmehr, konkrete Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir wollen Fortschritt, Nachhaltigkeit und Wohlstand in einer Weise beschreiben, die unseren Vorstellungen von einer ökologischen, sozialen und demokratischen Transformation gerecht wird. Im Mittelpunkt: Menschen mit dem Wert und der Würde ihrer Arbeit. Selbstbewusst, kompetent, zuversichtlich und kämpferisch stellen wir uns den Umbrüchen unserer Zeit. Wir blockieren Veränderung nicht, wir nehmen die Herausforderungen an. Wir können und wir werden sie gestalten. Zukunft wird gemacht – von uns.